

20. APR.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/89 - 19. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zurückweisung genügt nicht</u> Nach Ulbrichts Inverschämtheiten	42
2	<u>Wie lange soll Zypern noch warten?</u> Gefahr neuer blutiger Auseinandersetzungen Von Dr. Basil Mathieopoulos	37
3 - 4	<u>Jaegers Vaterland</u> Von Johannes Rau, MdL	66
5	<u>Caux - Existenz</u> Das Unchristliche an der "Moralischen Aufrüstung"	47
5a	<u>Hans Roettiger 7</u> Von Willi Berkhan, MdB	32
6	<u>Dr. Adolf Schärf 70 Jahre</u> Vom Arbeitersohn zum Bundespräsidenten Österreichs	33
6 - 7	<u>Gelehrter und Politiker</u> Zum Tode von Professor Wilhelm Gulich	63

\* \* \* \*  
\* \* \*

Zurückweisung genügt nicht

Nach Ulbrichts Unverschämtheiten

sp - Während der Osterfeiertage sind fast 5 000 Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone nach dem Westen geflüchtet. Die meisten von ihnen sind Bauern und ihre Familien, die sich gegen die Zwangskollektivierung auflehnen. Mit der Zahl 5 000 wurde der Höchststand von Flüchtlingen nach den Juni-Tagen 1953 erreicht.

Zur gleichen Zeit hat SED-Chef Walter Ulbricht die Stirn, den "deutschen Arbeitern" Vorschläge zur Wiedervereinigung zu unterbreiten, die von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen und die Welt glauben machen sollen, daß die Bevölkerung der sogenannten DDR das SED-Regime freiwillig anerkennt.

Ulbrichts Vernebelungsangriff - wenige Wochen vor der Gipfelkonferenz in Paris - ist der Versuch, die Tatsache der Massenflucht aus dem von ihm und seiner Clique beherrschten Teil Deutschlands zu verschleiern. Das SED-Regime setzt damit zur Flucht nach vorn an, weil man in Pankow weiß, daß die Geschwehriese in der SBZ nicht einmal in Moskau und in den Hauptstädten der anderen Ostblockstaaten gebilligt werden.

Die Antwort auf Ulbrichts Unverschämtheit ist nicht schwer. Niemand im Westen wird auf den Schwindel Pankows hereinfallen, da jeder weiß, daß Ulbricht nur um seine persönliche Macht kämpft und ihm das Schicksal des deutschen Volkes gleichgültig ist. Verhandlungen zwischen Pankow und Bonn können nur einen Sinn haben, wenn sie im Auftrag aller ehemaligen Siegermächte und mit deren rückhaltloser Zustimmung erfolgen. Ein isoliertes Vorgehen wäre gleichbedeutend mit der Zementierung der Spaltung Deutschlands und Europas.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere zeigt sich, wenn man nach den Überlegungen fragt, die der Westen im Hinblick auf erfolgversprechende Verhandlungen anlässlich der Gipfelkonferenz mit Chruschtschow angestellt hat. In Washington war man sich jüngst "einig". Aber das bezog sich wohl nur auf die Ablehnung der Vorstellungen, die der Osten bisher zur Regelung der Berlin- und Deutschland-Frage entwickelt hat. Nichts Genaues konnte man dagegen über die konstruktiven Vorschläge des Westens für den Fall erfahren, daß sich Chruschtschow mit dem Negativum begnügt und den Status quo für Deutschland und Europa proklamiert. Die amerikanischen Zeitungen "New York Times" und "Washington Post" haben gerade noch kurz vor Ostern auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Es ist daher zwar gut, wenn der Westen Ulbrichts Manöver mit der gebührenden Deutlichkeit zurückweist. Besser wäre es allerdings, wenn derselbe Westen konstruktiv und offensiv das Problem einer wirklichen Entspannung in Europa zum Leitgedanken seiner Politik für die Gipfelkonferenz machen würde.

+ + +

## Wie lange soll Zypern noch warten?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Nach der Unterzeichnung der Züricher und Londoner Verträge über den zukünftigen Status Zyperns schien der aufreibende und mitunter sehr gefährliche Zypernkonflikt beigelegt zu sein. Es waren nur noch einzelne spezielle Punkte zu erörtern, bis Zypern seine Unabhängigkeit erhalten und sich als Republik konstituieren konnte.

Die Verhandlungen über diese strittigen Fragen erwiesen sich jedoch so schwierig, daß der ursprünglich vorgesehene Termin der Ausrufung einer Republik Zypern von 19. Februar zunächst um einen Monat, dann sogar auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußte.

Die Geduld der Zyprioten ist erschöpft. Sie haben jahrhundertelang unter fremder Herrschaft leben müssen und sehen sich nun so kurz vor der Erfüllung ihrer Hoffnungen wieder abhängig von der starren Kolonialpolitik Selwyn Lloyds.

Worum geht es? Die Briten haben sich im zukünftigen unabhängigen Zypern die Militärstützpunkte Dekkelia und Akrotiri vorbehalten. Sie beanspruchen um diese Stützpunkte herum ein Gelände von 120 Quadratmeilen Größe. Während der langwierigen Verhandlungen mit dem britischen Staatssekretär für das Kolonialwesen, Amory, hat Erzbischof Makarios, der zukünftige Ministerpräsident der Insel, sich bereit gefunden, sein erstes Angebot, den Briten 36 Quadratmeilen militärisches Übungsgelände zur Verfügung zu stellen, auf 80 Quadratmeilen zu erhöhen. Damit sei nun aber die für Zypern tragfähige Höchstkonzession erreicht. Die Verhandlungen sind auf dem toten Punkt, seit die Briten auf dieses letzte Angebot Makarios' nicht eingehen wollen. Auch ein Kompromißvorschlag des Vertreters der türkischen Minderheit auf der Insel, Dr. Zutschuk, fand kein positives Echo.

Makarios ist daraufhin erneut den Weg in die Öffentlichkeit gegangen. Vor 15 000 Menschen erklärte er am 5. Jahrestag der Begründung der zypriotischen Widerstandsbewegung EOKA, er werde, falls die Briten ihre unmachbare Haltung weiter verfolgten, von sich aus und einseitig die unabhängige Republik Zypern ausrufen. Die Bevölkerung sei sodann aufgefordert, den britischen Behörden auf der Insel nicht mehr Folge zu leisten.

So zeichnet sich wieder einmal die Gefahr eines blutigen Aufstandes ab. Ankara und Athen haben sich bereit erklärt, auf diplomatischem Wege Verhandlungen einzuleiten, um eine Verständigung zwischen den britischen und zypriotischen Verhandlungspartnern herbeizuführen. Sie wollen vermitteln, wo aber lässt sich vermitteln, wenn ein Verhandlungspartner zu keiner Konzession bereit ist? + + +

## Jaegers Vaterland

Von Johannes Rau, MdL

Der Vizpräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Richard Jaeger (CSU), hat bei einer Wehrtagung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Altenberg/Rhld. über "Landesverteidigung aus der Sicht der christlichen Staatslehre" gesprochen. Der Bericht, den die Katholische Jugend in ihrem Informationsdienst veröffentlicht, beginnt mit einem entscheidenden Satz Jaegers: "Die Bundesrepublik ist kein Provisorium, sondern das wahre Vaterland der Deutschen". Der Redner, so wird berichtet, begründete das mit dem Handlangercharakter der DDR in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion, um dann die Bundesrepublik "die einzige Realisierung des Vaterlandsgedankens" zu nennen. Er "Wies die Auffassung zurück, die Bundesrepublik sei ein Staatsfragment".

Jaeger hält die Meinung, "ein gerechter Krieg sei im Zeitalter der Atombomben nicht mehr möglich", für eine "These der Kommunisten". Aus der Sicht der christlichen Staatslehre "sei der Tod nicht das schlimmste aller Übel für den Christen, wenn er sich vor die Wahl gestellt sehe, ihn oder die Knechtschaft der bolschewistischen Sklaverei zu wählen". Was aber sollen die Christen in Mitteldeutschland wohl tun, die sich unter dieser Sklaverei befinden und wissen, dass das Vaterland im Westen liegt und liegen wird - ist die einzige Alternative Flucht oder Selbstmord?

Dr. Jaegers Thesen, vorgebracht, um den Wehrwillen in der Bundesrepublik zu stärken, sind offenbar weder in der Presse noch von den Parteien gewürdigt worden, obgleich der katholische Informationsdienst sie als "Aufmacher" bringt. Sind sie nicht wichtig genug? Man, hier wird in überzeugender Weise geklärt, wohin der Weg gehen soll, nachdem aus dem Provisorium Bundesrepublik, von dem alle reden, ein Transitorium geworden ist - nach den sicherlich wohlmeinenden Worten des Altbundespräsidenten. Aus dem Transitorium wird das Vaterland, das es zu schätzen und zu schützen gilt.

Dr. Jaeger irrt gewiss, wenn er die Auffassung vertritt, der "gerechte" Krieg sei im Zeitalter der Atomwaffen noch möglich. Er steht mit dieser These so allein, dass ihm keiner von denen beitreten wird, die sich in den letzten Jahren auf ernsthafte Weise mit der Überkommenen

19. April 1960

Kriegstheorie beider Konfessionen auseinandergesetzt haben. Mag Walter Kämmeth noch ein paar Versuche machen, für Jaegers Gegenthese gegen eine angeblich kommunistische Auffassung Material zu liefern - diese Versuche sind gescheitert. Selbst diejenigen, denen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr opportun erscheint, erklären immer wieder, dass aus dieser Bewaffnung eine Rechtfertigung irgendeines Krieges nicht abzuleiten sei (William Schlamm ausgenommen, dessen theologische Kenntnisse trotz häufiger Zitate nicht über das Niveau eines Konfirmanden hinausgehen). Wir mögen nicht annehmen, dass Jaeger das ausspricht, was die anderen an allen theologischen Erörterungen dabei denken!

Aber die These vom "Vaterland Bundesrepublik" ist deshalb so un-gemeingefährlich, weil sie im Kielwasser eines Lebensgeföhls schwimmt, das seit dem Auszug Bonns zur provisorischen Bundeshauptstadt über-hand nimmt. Weil wir den Geruch der Teilstaatlichkeit nicht mehr aus-halten können (so sehr wir nach dem Willen des Grundgesetzes verpflich-tet wären, wenigstens diesen Geruch als Folge eines verlorenen Krieges zu ertragen), haben wir uns seit Jahren mit dem Parfum der Vollstaat-lichkeit geziert und betäubt. Hier, in Dr. Jaegers Rede, wird die Kon-sequenz gezogen. In einer Zeit, in der Worte wie "Vaterland" aus guten Gründen Schonzeit haben sollten, wird ein Provisorium perfektioniert.

Am schlimmsten aber ist, dass die Proklamation der Bundesrepub-lik zum "Vaterland der Deutschen" die Flüchtlingsfrage zum techni-schen Problem degradiert und die Wiedervereinigung zur sinnlosen Vo-kabel macht. Wer die Bundesrepublik als Vaterland proklamiert, hat unsere Verbundenheit mit den Menschen in Mitteldeutschland reduziert auf diejenigen, denen die Flucht zu uns möglich ist. "Vaterland Bundesrepublik" und die Einheit schliessen sich aus.

Freilich: Jaegers Auffassung ist nur der vorläufig letzte Punkt in der Linie, die unterschwellig und offen da ist. Dennoch sollten seine Ausführungen nicht nur die Opposition, sondern auch den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen veranlassen, eine gesamtdeutsche Antwort zu geben.

+ + +

Caux - Existenz

J.R. "Alle Haushaltungen der Bundesrepublik und Westberlins, Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens erhalten zur gleichen Zeit mit Ihnen dieses Manifest. Die Verteilung wurde durch die Opfer vieler Menschen ermöglicht..." so steht es auf der Rückseite des Manifestes "Ideologie und Koexistenz", das die Moralische Aufrüstung in diesen Wochen "An alle Haushaltungen" verschickt. Was steht auf den 32 Seiten, für die wirklich viele Menschen viele Opfer gebracht haben müssen, weil sie nicht billig sind? Nur Billiges. "Zwei Ideologien ringen heute um die Welt, Die eine ist die Moralische Aufrüstung. Sie glaubt, dass Gottes Geist durch die Änderung der menschlichen Natur die Welt regieren soll. Die andere Ideologie ist der Kommunismus. Er glaubt, dass des Menschen Geist durch die Ausbeutung der menschlichen Natur die Welt beherrschen soll. Die eine oder die andere muss siegen."

Diese Meinung, die wirkliche Alternative der heutigen Zeit sei der Kommunismus auf der einen, die "MRA" auf der anderen Seite, wird auf, wie gesagt, 32 Seiten variiert. Und wie! Da ist die Rede davon, dass Osthandel der Tod der freien Welt sei, Frank Buchman der einzige, sichere Retter dieser freien Welt, Vertreter durch Dr. Adenauer in der Bundesrepublik; da ist die Rede davon, dass hier "aus gottgegebener Initiative eine positive Gegenstrategie erwuchs"; da wird dargestellt, dass die Hakenkreuzschmierereien ein "Betrug der Kommunisten grössten Ausmasses" seien, dass es der MRA gelungen sei, die Betriebsratsitze im Ruhrgebiet von 73 Prozent Kommunisten auf acht Prozent herunter zu ideologisieren (man höre: der MRA ist das gelungen!); da ist die Rede davon, dass jeder, der Adenauers (also Frank Buchmans) Politik für falsch für revisionsbedürftig hielt, für Chruschtschow arbeite, "auch auf den Kanzeln". Von all dem ist in ermüdend vielen Varianten die Rede. Hinzu tritt eine Verbalhornung des Christlichen zur Ideologie der MRA ("Das ist Moralische Aufrüstung. Alles, was darunter bleibt, ist nicht Christentum"), die beschämend ist.

Daserste Zitat ist kein Einzelfall. Die Verfasser, die "Spender" (der Opfer zum grössten Teil aus staatlicher Etats kommen dürften) glauben allen Ernstes, dass die heutige Auseinandersetzung, die jeder für unumgänglich hält, auf dem Niveau der MRA zu führen sei.

Die Broschüre, aus der man nicht mehr zu zitieren braucht, weil jeder sie hat, ist eine der dümmsten Broschüren, die es gibt. Das ist für den besonders schmerzlich, der bei manchem Vorbehalt die Bemühungen der Oxford-Gruppe beobachtet hat, dessen Vorbehalte wuchsen, als eine Ideologie entstand, die MRA hiess und der nun die Früchte sieht.

Das alles geht aus dieser Broschüre hervor. Aus ihr geht nicht hervor, wer die MRA im Auftrage der Bundesregierung in Caux zu vertreten pflegte: Theodor Oberländer, dessen frühere Vorstellungen von den Alternativen zwischen Deutschland und dem Sowjetismus moralisch gar nicht aufgerüstet waren. Sind wir schon wieder so weit? Und das unter dem Vorzeichen "christlicher" Ideologie? Wir dürfen noch hoffen, dass die Mehrzahl der Politiker in der Bundesrepublik den new look der MRA für das halten, was er ist:barer Unsinn.

Hans Roettiger +

Von Willi Burkhan, MdB

Vor einigen Jahren saß in einem überfüllten kleinen Raum in Hamburg eine handvoll ehemaliger höherer Offiziere mit den Funktionären eines Kreisverbandes der SPD zusammen. Sie diskutierten freimütig über das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Soldaten. Man betrachtete die Geschichte gewordenen Mißverständnisse, Fehlentscheidungen und Sünden der Vergangenheit und suchte sich gemeinsam, für die Zukunft aus ihnen Fingerzeige zu gewinnen.

Erst tief in der Nacht ging man auseinander. Die Sozialdemokraten erinnerten sich später noch häufig an dieses Gespräch. Dabei kam natürlich auch eine kritische Bewertung zum Ausdruck - einhellige Zustimmung über fand "der General, der dort links in der Ecke gesessen hatte" -. Dieser Mann, der einen bleibenden Eindruck von Sicherheit und Fairness hinterließ, war Hans Roettiger.

Damals stand er kurz vor seiner Ernennung zum Inspekteur des Heeres. Später hat Roettiger erzählt, welche Erkenntnisse und Lehren er aus diesem Abend gezogen habe und welchen tiefen Eindruck die Gesprächspartner auf ihn gemacht hätten.

Weniger als fünf Jahre sind seitdem vergangen. Roettigers menschliche Sauberheit und seine gelassene, unauffringliche politische Sicherheit haben in dieser Zeit der Bundeswehr als Vorbild gegolten. Auch im Bundestag - insbesondere beim Ausschuß für Verteidigung - wurde er von allen Seiten geschätzt und geachtet. Sein früherer Tod ist für alle ein Verlust, denen die organische Einbettung der Bundeswehr und ihrer Soldaten in das Gefüge einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung eine vorrangige Aufgabe war und blieb. Noch ist dieser Rincou nicht vollendet. So kann der nachfolgende Inspekteur seinen verstorbenen Kameraden nicht besser ehren, als wenn er diese Aufgabe im Sinne seines Vorgängers weiterbetreibt.

Wir hier, mit vielen aufrechten Staatsbürgern, wünschen sowohl der Bundeswehr als auch den zivilen Staatsbürgern der Bundesrepublik, daß wir immer solche Generäle an der Spitze unseres Heeres haben mögen wie Hans Roettiger.

Dr. Adolf Schärf 70 Jahre

W.R. - Am 20. April wird der Bundespräsident der Republik Österreich, Dr. Adolf Schärf, Rückschau über sein Leben halten. Siebzig Lebensjahre sind ein Anlaß dazu. In diesen Tagen werden dem Österreichischen Bundespräsidenten aus allen Schichten des Volkes, ohne Unterschied der Parteirichtung und der Konfession, die herzlichsten Glückwünsche zugehen. Schärf's Lebensweg durch die sieben Jahrzehnte war dornig und hart. Er wurde aber vom Leitstern lauterer demokratischen Denkens, persönlichen Mutes und charaktervoller Gesinnung geleitet.

Der Österreichische Bundespräsident wurde 1890 in der südmährischen Stadt Nikolsburg als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Der in der Volksschule des 16. Wiener Gemeindebezirkes auffallend geweckte Vorzugsschüler hatte das Glück, daß ihn seine Eltern unter großen Opfern die Mittelschule absolvieren ließen. So war es selbstverständlich, daß der Gymnasialist Adolf Schärf die Reifeprüfung mit Vorzug ablegte. Er gründete schon zu dieser Zeit die erste sozialistische Mittelschülervereinigung und fand Kontakt mit Dr. Karl Renner.

1909 bezog der Student Adolf Schärf die Universität Wien, um sie knapp vor dem ersten Weltkrieg als Doktor der Rechte zu verlassen. Als bewährter Frontoffizier stand er jahrelang an der Isonzofront bei der Armeegruppe, deren Stabschef Oberst Theodor Körner war. 1918 wurde Dr. Schärf ins Parlament berufen und nahm dort seine Tätigkeit als Sekretär von Karl Seit später als Sekretär des sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs, auf. Am 34. Geburtstag wurde er von Dollfuß verhaftet und ins Lager Wöllersdorf gebracht. Auch 1938 schritt die Gestapo zur Verhaftung. Im brennenden Wien im April 1945 kam es zur Bildung der neuen Regierung, der Schärf als Staatssekretär angehörte. Zugleich wählte ihn die Sozialistische Partei Österreichs zu ihrem Vorsitzenden. Nach den ersten Wahlen 1945 wurde Schärf Vizekanzler und blieb dies bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 5. Mai 1957.

Unbestrittene Höhepunkte der Leistungen Dr. Schärf's waren die harten Verhandlungen, das Ringen um die Freiheit der Republik Österreich, die mit Abschluß des Staatsvertrages mit Sowjetrußland gekrönt wurden.

+ + +

Gelehrter und Politiker

sp - Der deutsche Bundestag ist um einen noblen, auch von seinen politischen Gegnern hochgeachteten Debatterechner, die deutsche Sozialdemokratie um einen hervorragenden Finanz- und Wirtschaftsexperten ärmer geworden. Wenn der frühere Bundesfinanzminister und jetzige Minister für Justiz, Schäffer, und Professor Wilhelm Gülich im Parlament ihre Klänge kreuzten, füllten sich die Bänke des Parlamentes; Professor Gülich verstand es, durch die Qualität und das Ethos seiner Argumente und sein umfassendes, sich im Wirtschaftlichen und Finanziellen auf das Detail erstreckendes Wissen die Aufmerksamkeit des Bundestages zu erwecken. Ein geflügeltes Wort von ihm, gesprochen bei einer Debatte über die Stationierungskosten, machte die Runde, das Wort von dem Detail, in dem der Teufel stecke...



Der im 64. Lebensjahr nach langer und schwerer Krankheit verstorbene Gülich konnte schonungslos diskutieren, aber nie verletzen; Demagogie war ihm fremd; es ging ihm um die Sache und den arbeitenden Menschen, nie um billige Effekte. Er war ein tiefreligiöser Mensch, der freilich auch recht bitter bei der Verurteilung des parteipolitischen Mißbrauchs religiöser Werte und Motive werden konnte.

Professor Wilhelm Gülich kam verhältnismäßig spät zur Sozialdemokratie. Vor dem ersten Weltkrieg ging er als Industriearbeiter in das Ruhrgebiet, um sich mit der modernen Industrielwelt vertraut zu machen. Nach dem Krieg, den er als Kompanieführer zuletzt erlebte, vervollständigte er sein Studium. Reisen in ganz Europa erweiterten seinen Horizont. Der damalige Leiter des Kieler Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft betraute ihn mit der Führung und dem Ausbau der Bibliothek. Es war ein guter Griff. Unter Professor Gülichs Leitung wuchs diese Bibliothek - sie umfaßt heute 600 000 Bände - zur bedeutendsten ihrer Art an der Welt heran. Und wenn sie die Wirnisse des zweiten Weltkrieges überstand, verdankt sie es der Fürsorge dieses unermüdeten, mehr in der Stille wirkenden Gelehrten.

Nach dem zweiten Weltkrieg betrat Gülich als ein reifer, wie so viele durch den Krieg erschütterter Mann die Bühne politischen Wirkens. Zuerst als Landrat des Kreises Lauenburg, dann als Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag und einige Jahre später als Finanzminister im Kabinett Diekmann. Über Kiel hinaus wurde Gülich bekannt durch seinen leidenschaftlichen Kampf gegen eine sinnlos gewordene Demontagepolitik. Als wieder eine Fabrik demontiert werden sollte, sagte Gülich im Kieler Landtag am 4. August 1947:

"Die Teile, die nur zur Herstellung von Munition geeignet sind, wollen auch wir beseitigen. Aber es sind ja so viele Teile da, die mit Kriegsproduktion gar nichts zu tun gehabt haben. Ist es eine gute oder eine schlechte Politik, wenn wir nutzbare Werte nutzen wollen, um die Unterversorgung der Bevölkerung zu steuern, um die Exportunfähigkeit zu verringern, die Einfuhr auf Kosten fremder Mächte einzuschränken? Sehen Sie sich das Heer dieser elenden, ausgezergelten Menschen an, das sich jetzt über die Felder ergießt, Ähren abschneidet, vorzeitig Kartoffeln buddelt, Gemüse stiehlt, das unreife Obst plündert. Wie sollen diese Menschen jemals wieder in eine soziale Ordnung eingefügt werden? Dadurch, daß wir Gebäude und Maschinen, in und an denen sie arbeiten könnten, demonstrieren oder dadurch, daß wir ihnen in diesen Gebäuden nützliche, friedliche Arbeit schaffen?"

Gülich gehörte seit 1949 ununterbrochen dem Bundestag an, wo er bald zu einem der Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen heraufrückte. Herzenssache war für ihn die Stärkung der Gemeinden als dritte Säule im demokratischen Staate und die Herabsetzung der den Verbraucher belastenden Steuern. Gülichs Tod ist ein schwerer Verlust für die junge deutsche Demokratie.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel